

Das Unbehagen mit der repräsentativen Demokratie Demokratievertrauen und Reformwünsche in Österreich

Ines Grössenberger und Markus Pausch***

Zusammenfassung

Die österreichische Demokratie ist nach allen relevanten Demokratiemessungen eine der besten der Welt. Auch im zeitlichen Vergleich hat sie sich nach objektiven Kriterien deutlich verbessert. Dennoch zeigt sich seit einigen Jahren, dass die Bevölkerung mit dem Funktionieren der repräsentativen Demokratie in Österreich (wie auch in anderen europäischen Staaten) immer weniger zufrieden ist und der Demokratie insgesamt weniger Vertrauen entgegenbringt. Dieser Artikel analysiert einige der gängigen Erklärungen für den Vertrauensverlust und zeigt die Reformwünsche der Bevölkerung entlang verschiedener soziodemografischer Merkmale auf. Dazu werden Daten aus repräsentativen Umfragen herangezogen, die 2008 und 2016 im Auftrag des Zentrums für Zukunftsstudien der Fachhochschule Salzburg erhoben wurden. Diese Daten werden untereinander und mit anderen Daten aus EU-SILC, dem Eurobarometer sowie Instrumenten zur Demokratiequalität wie dem Freedom House Index oder dem Demokratiebarometer verglichen.

Schlagwörter: Demokratie, Demokratiequalität, Demokratievertrauen

The discomfort with representative democracy. Trust in democracy and desired reforms in Austria

Abstract

According to all relevant democratic measurements, Austrian democracy is one of the best in the world. It has also improved significantly over time according to objective criteria. Nevertheless, it has become apparent in recent years that the population is less and less satisfied with the functioning of representative democracy in Austria (as in other European countries) and has less confidence in democracy as a whole. This article analyses some of the common explanations for the loss of confidence and shows the reform wishes of the population along various sociodemographic characteristics. Data from representative surveys conducted in 2008 and 2016 on behalf of the Centre for Future Studies at Salzburg University of Applied Sciences will be used for this purpose. These data are compared with each other and with other data from EU-SILC, the Eurobarometer and instruments on democracy quality such as the Freedom House Index or the Democracy Barometer.

Keywords: Democracy, quality of democracy, trust in democracy

* Ines Grössenberger, AK Salzburg. E-Mail: ines.groessenberger@ak-salzburg.at

** Markus Pausch, Fachhochschule Salzburg. E-Mail: Markus.pausch@fh-salzburg.ac.at; Nennung der Autorin/des Autors in alphabetischer Reihenfolge

Einleitung

Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform sowie die Zufriedenheit mit und das Vertrauen in Institutionen der repräsentativen Demokratie sind in Österreich und anderen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren gesunken (Rathkolb/Zandonella/Ogris 2014: 7f.). Die Gründe dafür werden intensiv diskutiert. Ein Strang der Argumentation sieht die Erklärung in einem Prozess, im Zuge dessen die Demokratie an Funktionsfähigkeit und Qualität verliert (Crouch 2008). Die schlechten Zustimmungswerte sind demnach die Konsequenz aus einer Verschlechterung der Demokratiequalität. Diesem Bild folgend bewerten BürgerInnen die Demokratie entsprechend der Entwicklung objektiver Qualitätskriterien, die bei Crouch jedoch nicht im Detail dargestellt werden. Eine an Crouch anknüpfende Argumentation geht davon aus, dass die Einstellungen gegenüber Demokratie von der allgemeinen Lebenssituation abhängen (Schlippak 2012: 358). Dabei wird angenommen, dass je schlechter jemand seine subjektive Lebenszufriedenheit bewertet, umso schlechter er/sie auch die Demokratie allgemein und die Institutionen der repräsentativen Demokratie im Besonderen wahrnimmt. Diese Begründungszusammenhänge werden im vorliegenden Artikel genauer beleuchtet. Zusätzlich wird der Bedeutung des Faktors Bildung für die Demokratie-Einstellungen nachgegangen, der als wesentlich eingestuft wird (vgl. Riederer/Teitzer 2012: 10f.). Schließlich wird geprüft, zu welchen Veränderungswünschen die Unzufriedenheit mit dem politischen System führt. Die empirische Basis für die Analyse stellen zwei repräsentative Umfragen dar, die im Jahr 2008 und im Jahr 2016 in Österreich durchgeführt wurden.

1. Modelle zur Bewertung von Demokratie

In der Politikwissenschaft gibt es seit den 1970er-Jahren Versuche, die Qualität von Demokratien systematisch zu messen. Dabei kommt es ganz maßgeblich darauf an, welche Erwartungen man an eine Demokratie anlegt, welche theoretischen Annahmen der versuchten Messung zugrunde liegen. Das Spektrum reicht von Minimalanforderungen an Wahldemokratien über den Anspruch gleicher politischer Beteiligungs- und Freiheitschancen bis hin zur Erwartung, dass die Demokratie möglichst gerechte Ergebnisse hervorbringen sollte. Ob sich eine Demokratietheorie eher dem Prozess der Entscheidungsfindung, also dem Input, oder den Resultaten der Entscheidungsfindung, also

dem Output, widmet, ist für die Analyse von großer Bedeutung.

1.1 Theorien und Instrumente zur Messung der nationalstaatlichen Demokratiequalität

Einer der Referenzpunkte der Demokratietheorie ist Joseph Schumpeter mit seiner Definition der Demokratie als einer Staatsform, in der die Auswahl der Regierenden durch die Konkurrenz um Stimmen erfolgt und in der die WählerInnen während einer Legislaturperiode nicht hineinregieren. Die Demokratie sei demnach nur eine Methode, aber kein Wert an sich (Schumpeter 1950: 428). Welchen Output sie hervorbringt, besagt demzufolge nichts über ihre Qualität. Die Partizipation der BürgerInnen beschränkt sich in diesem als minimalistische Eliten- oder reine Wahldemokratie bezeichneten Konzept auf Wahlen. Schumpeter bezeichnet die Demokratie als Herrschaft von gewählten PolitikerInnen. Während einer Legislaturperiode sollten diese vom Volk weitgehend ungehindert regieren können (ebd.: 420f.). Somit definiert sich Schumpeters Elitendemokratie zwar über ihren Input, der sich aber minimalistisch auf die Auswahl der Regierenden beschränkt. Das Stimmrecht der StaatsbürgerInnen bei Wahlen sowie deren freie Abhaltung bei größtmöglicher Chancengleichheit für die wahlwerbenden Parteien reichen in dieser Minimaldefinition als Indikatoren aus. Die Qualität einer Demokratie wird also nur an der Qualität der Wahlen gemessen. Dies ist zwar in der Tat ein vergleichsweise minimalistischer Zugang, weil er viele andere Indikatoren ausklammert. Dennoch dient er bis heute als Basis für verschiedene empirische Studien wie etwa das Electoral Integrity Project (Norris et al. 2013).

Wesentlich weiter als das Modell einer reinen Wahldemokratie geht die liberale Demokratie, für die wegweisend Robert Dahl und sein Konzept der Polyarchie stehen. In ihr geht es um die größtmögliche Chancengleichheit der Herrschaftsunterworfenen, sich am politischen Prozess beteiligen zu können (Dahl 1997). Für Dahl sind die Wahl und Wiederwahl von MandatsträgerInnen, die Garantie wiederkehrender Wahlen, eine authentische und aufklärerische Willensbildung, die Kontrolle der Regierung sowie die Existenz eines möglichst inklusiven Wahlrechts ausschlaggebend für die Qualität einer Demokratie (ebd.). Außerdem müssen Informations-, Meinungs-, Organisations- und Koalitionsfreiheit gewährleistet sein. Der Freedom House Index beruht wesentlich auf den Theorien von

Dahl, Coppedge und Reinicke haben in der Weiterführung eine Polyarchieskala entwickelt (Coppedge/Reinicke 1990: 63f.), deren Hauptaugenmerk auf den Input und dessen Voraussetzungen gerichtet ist. Die Qualität der Demokratie hängt also in erster Linie von der Qualität des Inputs, der Qualität der Zugangsvoraussetzungen aller StaatsbürgerInnen zum politischen Entscheidungsprozess ab. Auch das Modell der liberalen Demokratie konzentriert sich somit voll und ganz auf Input-Fragen einer Demokratie.

Dem entspricht weitgehend auch die Grundannahme von Ronald Inglehart und seinem Modell der Effective Democracy (Alexander/Inglehart/Welzel 2011), in dem das politische System auf seine Voraussetzungen für ein freies und autonomes Leben geprüft wird: „The emancipative notion defines the key purpose of democracy as the equal empowerment of people to govern their lives based on their own, and mutually agreed, preferences“ (ebd.: 42). Der dazugehörige Index untergliedert sich in die demokratischen Rechte der BürgerInnen und die üblichen Kriterien von Rechtsstaatlichkeit (ebd.: 43). Alexander/Inglehart/Welzel definieren den Zweck von Demokratie somit als emanzipatorische Selbstregierung der Einzelnen. Sie prüfen aber nicht, ob dieser ultimative Zweck für die BürgerInnen subjektiv spürbar wird. Dies wäre nur mit Umfragen und einer Selbsteinschätzung durch die Betroffenen möglich, bleibt aber außen vor. Ähnlich verhält es sich in anderen Demokratie-Indizes. Das heißt, die Qualität einer Demokratie wird in erster Linie anhand von objektiven Daten und Einschätzungen von ExpertInnen vorgenommen. Die subjektiven Einstellungen der BürgerInnen zur Demokratie als Staatsform finden keinen Eingang in diese Instrumente.

Eine der neueren und differenzierteren Qualitätsmessungen stellt das Demokratiebarometer dar, das aus den drei konstituierenden Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Kontrolle neun Funktionen ableitet: individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Artikulation für das Prinzip Freiheit; Wettbewerb, gegenseitige Gewaltenteilung und Regierungsfähigkeit für das Prinzip Kontrolle; Transparenz, Partizipation und Repräsentation für das Prinzip Gleichheit. Damit wird die Input-Dimension deutlich erweitert. Aspekte der Transparenz, der medialen Rahmenbedingungen, der Regierungsfähigkeit, des Parteienwettbewerbs oder der Gewaltenteilung kommen hinzu. Aus den Funktionen werden 18 Komponenten und 100 Indikatoren deduziert (Bühlmann et al. 2008).

Das Demokratiebarometer versteht sich als ein Modell mittlerer demokratietheoretischer Reichweite

und geht damit über die üblichen Input-Faktoren hinaus. Methodisch konzentriert es sich aber so wie die anderen Instrumente auf objektive Daten oder Einschätzungen von ExpertInnen. Die Perzeptionen der Demokratie, die Erwartungen der BürgerInnen usw. spielen eine untergeordnete Rolle. Es inkludiert an manchen Stellen zwar Perzeptionen, etwa beim Vertrauen in die Justiz, widmet sonst aber den Einstellungen gegenüber der Politik keine besondere Aufmerksamkeit. Eine wichtige Weiterentwicklung von Demokratiemessung bildet das Demokratiebarometer noch dahingehend, dass es sich in der Analyse von Beteiligung nicht nur auf konventionelle Formen wie Wahlbeteiligung beschränkt, sondern unkonventionelle wie Demonstrationen mit einbezieht (ebd.). Auch diese werden für die Qualität einer Demokratie als wichtig erachtet: „Politische Partizipation, nicht nur konventioneller sondern auch unkonventioneller Art, sollte zudem möglichst gleich wahrgenommen werden können, um zu verhindern dass gewisse Gesellschaftsgruppen systematisch vom politischen Prozess ausgeschlossen werden“ (ebd.: 7).

1.2 Globalisierungskritik und der Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Demokratie

Während alle oben genannten Instrumente von den Nationalstaaten als entscheidenden Akteuren mit politischer Gestaltungsmacht ausgehen und folgerichtig auch die Qualität nationalstaatlicher Demokratie zu beurteilen trachten, verfolgen globalisierungskritische Ansätze einen anderen Argumentationsstrang. Demzufolge haben Nationalstaaten bereits so viele Kompetenzen entweder bewusst und freiwillig oder implizit und zwangsweise an supranationale oder globale Autoritäten abgegeben, dass wesentliche Entscheidungen nicht mehr von einer wie auch immer legitimierten nationalstaatlichen Demokratie abhängen, sondern von ökonomisch dominierten Machtkonstellationen außer- und oberhalb des Nationalstaats. Messungen nationalstaatlicher Demokratiequalität werden folgerichtig als zwecklos, weil auf eine falsche Fragestellung abzielend, verworfen. Für EU-Mitgliedsstaaten hieße das, dass ihre nationale Demokratiequalität aufgrund der Übertragung wesentlicher Politikbereiche auf EU-Ebene keine Rolle spiele, weil diese trotz aller demokratiepolitischen Verbesserungen noch keine adäquate demokratische Qualität zum vormaligen nationalstaatlichen Prozedere erreicht habe (Hix/Follesdal 2006). Noch wesentlich gravierender jedoch sei das Demokratiedefizit auf globalem

Niveau, wo vor allem die Welthandelsorganisation mit ihren zwischenstaatlichen Verträgen eine dominierende Rolle einnehme, auf welche die BürgerInnen keinerlei demokratischen Einfluss haben (Cerny 1999: 6).

Pointiert und breit rezipiert hat der Brite Colin Crouch die Krise der Demokratie im Nationalstaat beschrieben. Seine Hauptthese lautet, dass politische Entscheidungen in nationalstaatlichen Demokratien und im Zuge des neoliberalen Wirtschaftssystems zum überwiegenden Teil und immer öfter von PR-Experten vorentschieden werden und Wahlen somit zu einem reinen Spektakel verkommen (vgl. Crouch 2008: 10). Die repräsentative Demokratie, in der gewählte RepräsentantInnen den Willen ihrer WählerInnen vertretend um politische Entscheidungen kämpfen, gerate durch PR-Shows und den Einfluss großer internationaler Wirtschaftslobbys zunehmend in Gefahr (vgl. auch Crouch/Streeck 2006). Die BürgerInnen hätten zu wenige Möglichkeiten der Mitbestimmung.

Crouch geht in seinem Verständnis von Demokratie über eine reine Inputorientierung hinaus und fügt Output-Erwartungen hinzu. Demokratie müsse den Menschen Sicherheit und Stabilität gewähren (Crouch 2006: 164). Das Idealmodell einer Demokratie beschreibt er wie folgt: „Democracy thrives when there are major opportunities for the mass of ordinary people actively to participate, through discussion and autonomous organisations, in shaping the agenda of public life, and when these opportunities are being actively used by them. This is ambitious in expecting very large numbers of people to participate actively in serious political discussion and in framing the agenda, rather than be the passive respondents to opinion polls, and to be knowledgeably engaged in following political events and issues“ (Crouch 2008: 3). Aus diesem Zitat lassen sich Indikatoren ableiten, die für eine ideale Demokratie im Sinne von Colin Crouch konstituierend sind. Demnach geht es um gleiche Beteiligungsmöglichkeiten, um die Chance, aktiv am politischen Entscheidungsfindungsprozess zu partizipieren und dies auch zu tun. All diese Indikatoren finden bereits Eingang in Instrumente wie Freedom House Index oder Demokratiebarometer. In Crouchs Kritik an den seiner Einschätzung nach gängigen Minimaldefinitionen von Demokratie werden nicht nur die differenzierten Analysemodelle der empirischen Demokratieforschung übersehen, sondern auch so einflussreiche Demokratietheorien wie partizipatorische (Pateman 1970) oder deliberative (Habermas 1999). Crouch argumentiert weiter, dass die Institutionen der Demokratie zwar bestünden, jedoch die „demokrati-

sche Energie“ verschwunden wäre (Interview Crouch 2011). Diese hätte in der Mitte des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erlebt: „In most of western Europe and North America we had our democratic moment around the mid-point of the 20th century: slightly before the Second World War in North America and Scandinavia; soon after it for the rest of us“ (Crouch 2008: 4). Dieses Argument widerspricht der zuvor definierten Maximalvariante einer Demokratie als Staatsform mit möglichst hohen Beteiligungschancen und -raten, denn diese waren zum genannten Zeitpunkt etwa in den USA deutlich unter den heutigen. Die demokratischen Institutionen waren in vielen Staaten Europas in hohem Maße vulnerabel. Politische Partizipation hing in der von Crouch als goldenem Zeitalter der Demokratie definierten Periode weit stärker als heute von Geschlecht, Hautfarbe und sozialem Status ab. Die Entscheidungsfindung war intransparent, politische Ämter blieben wenigen Eliten vorbehalten. Der Theorie der Postdemokratie muss daher vorgehalten werden, dass sie ihre Kriterien zur Bestimmung von Demokratiequalität nicht eindeutig benennt und somit auch einer Analyse entzieht. Werden Partizipationschancen, Gleichheit der Partizipation, Quantität und Qualität der Partizipation, Transparenz, Informationszugang u. ä. als wesentlich erachtet, so bewegt man sich im Spektrum jener Indikatoren, die auch die genannten Instrumente, jedenfalls das Demokratiebarometer, abdecken. Ist es jedoch ein schwer operationalisierbarer Begriff wie „demokratischer Moment“ oder „demokratische Energie“, der für die Demokratie entscheidend ist, dann bleibt offen, wieso dieser stärker als andere Kriterien gewichtet werden sollte und wie man ihn operationalisieren und analysieren kann. Die These der Postdemokratie, dass es nicht genügend Mitbestimmungsmöglichkeiten gebe und ein Ungleichgewicht im politischen Einfluss bestehe, ist möglicherweise weniger neu und weniger originell als gemeinhin angenommen.¹ Sie wird von der

1 Die Thesen zur Postdemokratie wurden von verschiedenen DemokratietheoretikerInnen aufgenommen, kommentiert und auch kritisiert (APuZ 2011). Nolte etwa kritisiert die allzu negative Bewertung der aktuellen Lage und sieht im Ausrufen der Demokratiekrise auch Gefahren. „Verfallstheorien der Demokratie“ seien genauso wenig überzeugend wie demokratischer Triumphalismus (Nolte 2011: 12). Notwendig sei ein differenzierter Blick auf Stärken und Schwächen einer komplexen und multiplen Demokratie. Die Vielfalt der real existierenden Systeme, von der direktdemokratischen Schweiz über die sozialpartnerschaftliche Konsensdemokratie Österreichs bis hin zur Präsidialrepublik Frankreichs wird bei Crouch ebenso zu wenig berücksichtigt.

empirischen Demokratieforschung und der Demokratietheorie seit vielen Jahrzehnten vertreten. Dazu zählt auch die Annahme, dass internationale Konzerne und Globalisierungsprozesse starken Einfluss auf nationale Entscheidungen ausüben. In diesem Artikel wird daher davon ausgegangen, dass die genannten Instrumente der Demokratiequalität mit ihren Indikatoren in der Lage sind zu analysieren, wie sehr sich dies auf die Gleichheit der Partizipation, die Transparenz und die Demokratiequalität insgesamt auswirkt. Die Qualität einer Demokratie ist also auch unter den Annahmen von Colin Crouch darüber messbar, wie sehr sich die Menschen unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Status an ihr beteiligen können und dies auch tun.

1.3 Einstellungen zur und Vertrauen in die Demokratie

Sowohl inputorientierte als auch outputorientierte Ansätze berücksichtigen das Vertrauen der BürgerInnen in die Demokratie und deren Einstellungen zwar theoretisch und grundsätzlich, in der empirischen Analyse aber nur am Rande. Das ist überraschend, da doch in der Theorie ein breiter Konsens darüber besteht, dass gerade Demokratien ganz maßgeblich von der Zustimmung der BürgerInnen abhängen. Trotzdem werden weder im Freedom House Index noch im Effective Democracy Index, im Demokratiebarometer oder in den Arbeiten von Colin Crouch diese Einstellungen einer näheren Betrachtung unterzogen. In diesem Artikel wird daher dafür plädiert, die Meinungen der BürgerInnen als wesentlichen Indikator für alle Zugänge der Demokratiequalität zu betrachten und entsprechende Arbeiten dazu einfließen zu lassen (vgl. dazu Pausch 2017). Der französische Politologe Pascal Perrineau hat in vielen Studien gezeigt, dass die Einstellungen zur Demokratie und das Partizipationsverhalten seit einigen Jahren gewissen Veränderungen unterliegen. Die Distanz zur repräsentativen Demokratie sei in sozial niedrigeren Schichten immer schon groß gewesen. Neu hingegen ist die zunehmende Skepsis der mittleren und oberen Schichten gegenüber der repräsentativen Demokratie (Perrineau 2007: 17f.). Akteure der Parteipolitik werden zunehmend abgelehnt, die NichtwählerInnen werden mehr. Das Vertrauen in die Parteien sei besonders stark erschüttert (ebd.: 18). Perrineau sieht als Gegenmaßnahmen vor allem demokratische Innovationen, die partizipatorische und direktdemokratische Instrumente enthalten (ebd.: 32).

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ableiten, die für den vorliegenden Artikel konstitutiv sind. 1. In allen demokratietheoretisch fundierten Analysen von Dahl bis Crouch spielen die Gleichheit der Partizipation sowie die Perzeption der Demokratie unter den BürgerInnen eine wichtige Rolle. 2. Dennoch wird in etablierten Messinstrumenten von Freedom House Index bis zum Demokratiebarometer gar nicht oder nur am Rande auf Einstellungen der BürgerInnen zur Demokratie eingegangen. 3. Die Einstellungen der BürgerInnen zur Demokratie können eine Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Ansätzen darstellen und auf diese hin bezogen werden. Dies am Beispiel Österreichs zu versuchen, ist das Ziel der folgenden Kapitel.²

2. Vertrauen in die Demokratie

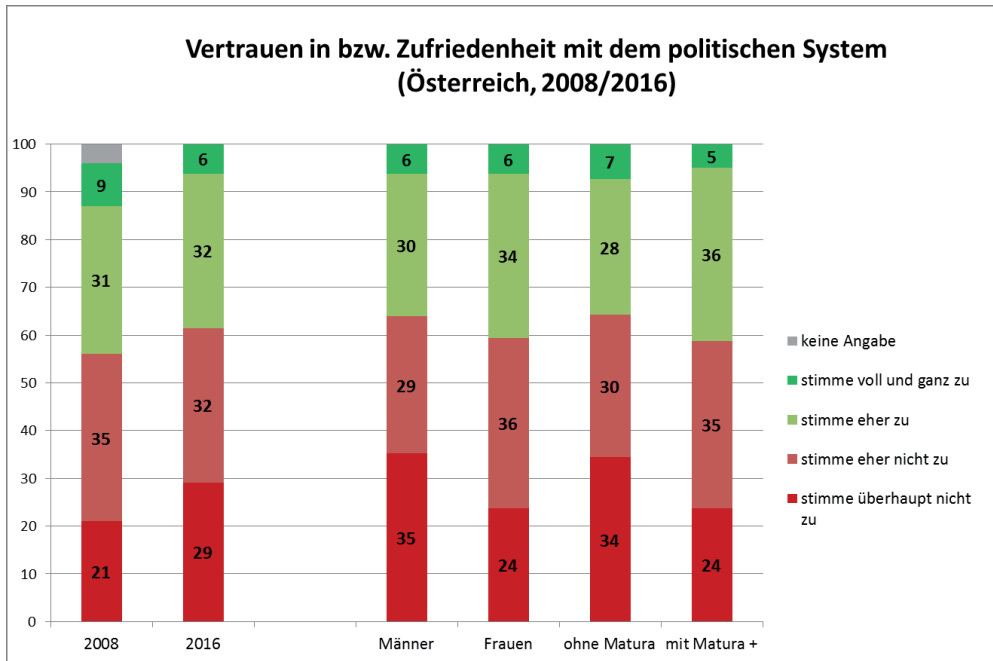
Das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform hat sich ebenso wie das Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie in den vergangenen Jahren in Österreich und in anderen europäischen Staaten verschlechtert. Die empirischen Belege dafür sind vielfältig. Mit der Demokratie im eigenen Land sind laut Eurobarometer-Umfrage 2015 (Europäische Kommission 2015) 57 Prozent zufrieden, mit jener der EU nur noch 36 Prozent. Insgesamt zeigt sich gegenüber der EU eine größere Skepsis als auf nationaler Ebene, wobei auf beiden Ebenen ein sinkendes Vertrauen zu beobachten ist.

2.1 Allgemeines Systemvertrauen

Ein Vergleich von Umfrageergebnissen von 2008 (ZfZ/IFES) und 2016 (FHS/IFES) zur Aussage, „Ich persönlich vertraue dem politischen System in Österreich“ bzw. „Ich bin damit zufrieden“ verweist ebenfalls auf eine Abnahme des Vertrauens auf mehreren Ebenen. Einerseits steigt die bekundete Unzufriedenheit bzw. das Misstrauen von 21 Prozent (2008) auf 29 Prozent (2016), andererseits sinkt der Anteil jener, welche volle Zufriedenheit bzw. volles Vertrauen in das politische System bekunden (2008: 9 Prozent, 2016: 6 Prozent). Insgesamt geben 61 Prozent der ÖsterreicherInnen im Jahr 2016 an, eher wenig oder kein Vertrauen in das

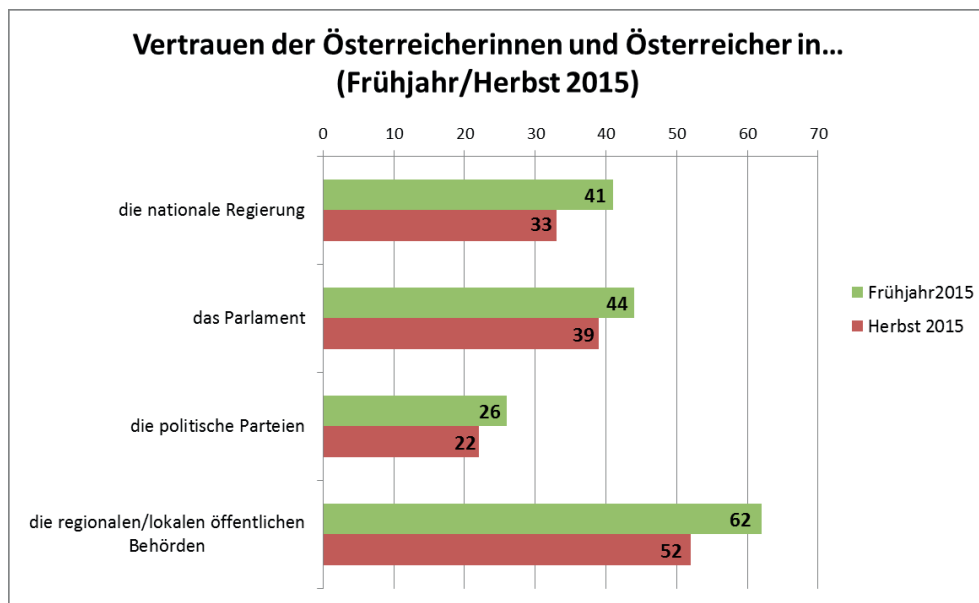
2 Die Analysen für Österreich beziehen sich auf einen Zeitraum vor 2018 und beinhalten somit nicht die jüngsten Entwicklungen der Demokratiequalität seit Antreten der türkis-blauen Regierung im Dezember 2017.

Abbildung 1: Vertrauen/Zufriedenheit mit dem politischen System, Ö 2008/2016



Quelle: Erhebung ZfZ 2008/2016, n(2008)=2.000, n(2016)=561, eigene Berechnung und Darstellung

Abbildung 2: Vertrauen/Zufriedenheit mit Institutionen der repräsentativen Demokratie, Ö Frühjahr/Herbst 2015



Quelle: Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 84. Nationaler Bericht, eigene Darstellung

politische System zu haben. Dies bedeutet ein steigendes Misstrauen um 5 Prozentpunkte seit 2008.

Männer als auch Personen mit niedrigerem Bildungsniveau sind deutlich unzufriedener. 35 Prozent der Männer und 34 Prozent der Personen mit nied-

rigerem Bildungsniveau geben an, dem politischen System überhaupt nicht zu vertrauen. Zudem gibt knapp jede/r zweite Österreicherin und Österreicher (2016: 45 Prozent) an, das Gefühl zu haben, dass die Politik ja doch nichts an ihren/seinen Lebensumstän-

den ändern kann. Frauen und Personen mit niedrigerem Bildungsniveau sind überdurchschnittlich oft dieser Meinung (51 bzw. 54 Prozent).

2.2 Zufriedenheit mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie

Nicht nur die Demokratiequalität und das politische System erfahren einen Vertrauensverlust, sondern auch die nationalen Institutionen der repräsentativen Demokratie. Wie Abbildung 2 zeigt, vertrauen nur 33 Prozent der ÖsterreicherInnen ihrer nationalen Regierung, 39 Prozent dem Parlament. Das geringste Vertrauen, mit nur 22 Prozent, äußern die Befragten gegenüber den politischen Parteien. Das größte Vertrauen haben die Befragten hingegen gegenüber den regionalen/lokalen öffentlichen Behörden, gleichzeitig zeigt sich hier auch der stärkste Rückgang innerhalb kurzer Zeit mit minus 10 Prozentpunkten.

3. Gründe für das geringere werdende Demokratievertrauen

Die unter 2. genannten Veränderungen im Demokratie-Vertrauen werfen die Frage nach den Ursachen auf. Zu den am häufigsten genannten Gründen zählt die unter 1. unterschiedlich argumentierte Verschlechterung der Demokratiequalität in westlichen Demokratien. Warum aber sinkt das Vertrauen in die Demokratie? Liegt es an einer empirisch belegbaren Verschlechterung der Demokratiequalität oder daran, dass gleiche Teilhabechancen untergraben werden? Sind es Einschränkungen in den Freiheitsrechten oder eine zu geringe Repräsentativität der Demokratie (vgl. Weißels 2015: 67f.)? Oder hat es mit einer Verschlechterung der wahrgenommenen Lebensqualität oder des Lebensstandards zu tun (vgl. Schlipphak 2012: 358)? Oder erklärt sich die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Demokratie in erster Linie doch durch den Bildungsgrad der BürgerInnen? Ob diese häufig geäußerten Begründungen empirisch halten oder nicht, wird folgend für Österreich näher untersucht. Die Hypothesen lauten:

H1: Die Unzufriedenheit mit dem politischen System gründet auf einer Verschlechterung der Demokratiequalität.

H2: Die Unzufriedenheit mit dem politischen System gründet auf einer Verschlechterung der Zufriedenheit mit der Lebensqualität bzw. mit dem Lebensstandard.

H3: Je geringer die formale Bildung, umso höher die Unzufriedenheit mit dem politischen System.

3.1 Demokratiequalität

Die erste zu prüfende Hypothese lautet nun, dass dieser Rückgang von Demokratiezufriedenheit und Demokratievertrauen auf einer Verschlechterung der Demokratiequalität beruht. Dazu ergibt es Sinn, jene Instrumente heranzuziehen, die sich mit der Qualität der Demokratie in Österreich beschäftigen.

Die empirische Demokratieforschung hat in den vergangenen Jahrzehnten einige solcher Instrumente zur Messung bzw. Analyse der Qualität von Demokratien entwickelt, die unter 1. beschrieben wurden. Für den vorliegenden Artikel werden drei Ergebnisse für Österreich der vergangenen Jahre herangezogen: Freedom House Index, Democracy Barometer und Democracy Ranking.

Der Freedom House Index entstand in den 1970er-Jahren als Index für den Freiheitsgrad von Nationalstaaten, bei dem eine Reihe von Indikatoren zu den Dimensionen *politische Bürgerrechte* (political rights) und *zivile Freiheiten* (civil liberties) analysiert wird. Im Länderbericht für 2016 erreicht Österreich insgesamt 95 von 100 Punkten. Sowohl was Bürgerrechte als auch was zivile Freiheiten betrifft, fällt es somit unter die bestplatzierten Staaten der Welt. Gegenüber 2015 gibt es eine geringe Verschlechterung in der Subkategorie „Funktionsfähigkeit der Regierung“ um einen Punkt (10 von 12 erreichbaren). Ausdrücklich kritisiert werden Schwächen in der Transparenz. Im Jahr 2008 betrug die Gesamtpunkteanzahl noch 98 von 100. Eine Verschlechterung hat es seither um einen Punkt in der Subkategorie „Political Pluralism and Participation“ gegeben (vgl. Freedom House Subscores 2008; 2016). Der Hauptgrund für diese Verschlechterung liegt in einer geringeren Repräsentation von Minderheiten – einem Aspekt, der über den Migration and Integration Policy Index jedoch erst seit Kurzem in den Freedom House Index mit einfließt. „The participation of Slovene, Hungarian, and Roma minorities in local government remains limited despite governmental efforts to provide bilingual education, media, and access to federal funds. There is little minority representation in Parliament. After the 2013 elections, the National Council included one Muslim man and three Turkish-born Muslim women. According to the 2014 edition of the Migrant Integration Policy Index, Austria provides immigrants with fewer opportunities for citizenship and political

participation than most Western European countries“ (Freedom House Austria 2016). Zusammengefasst lässt sich aus den Daten von Freedom House keine deutliche Verschlechterung der Demokratiequalität in Österreich im Zeitvergleich seit 2008 ableiten. Im internationalen Vergleich ist Österreich mit 95 von 100 Punkten weiterhin im höchst möglichen Segment von Demokratien angesiedelt.

Im Ranking des Democracy Barometer befindet sich Österreich unter 30 etablierten demokratischen Staaten in den Jahren 1995 bis 2007 etwa im Mittelfeld. Die Datensammlung der Österreich-Analysen des Demokratiebarometers zeigt zwar Schwankungen bei verschiedenen Indikatoren, jedoch eine relativ stabil bleibende Gesamtleistung um die 60 Punkte herum. So belief sich das Score im Jahr 2008 auf 61,30 Punkte, im Jahr 2012 auf 60,93. 1990 lag der Punktestand bei 60,71 – dazwischen schwankte er zwischen 59,20 (2004) und 61,59 (1996) (vgl. Democracy Barometer Data Set 2014). Die Autoren des Länderberichts bescheinigen Österreich dann zwischen 1990 und 2007 auch eine konstant stabile Demokratiequalität: „Austria’s quality of democracy is marked by a stable development and constantly lies about 10 scale points above the average of the enquired countries“ (Bühlmann et al. 2008: 1). Seit dem Jahr 2007 wurden einige Indikatoren verbessert, so etwa die Transparenz in der Parteienfinanzierung. Bedeutende Verschlechterungen anderer Indikatoren waren seit 2007 nicht zu beobachten. Als kritische Punkte gelten in allen Berichten des Democracy Barometer die hohe Medienkonzentration sowie die geringe Transparenz der österreichischen Demokratie, besonders beim Thema der Parteienfinanzierung, aber auch aufgrund des Amtsgeheimnisses und einer eingeschränkten Informationsfreiheit. Es lässt sich jedoch auch auf Basis der Analysen des Demokratiebarometers keine Verschlechterung der Demokratiequalität zwischen 1990 und 2012 erkennen. Von 2012 bis 2016 gab es in Hinblick auf die kritischen Faktoren wie Transparenz eher eine Verbesserung durch neue Gesetze zur Parteienfinanzierung, auch wenn diese nach wie vor unzureichend sind (vgl. Rechnungshof 2016).

Das dritte relevante Instrument zur Analyse der Demokratiequalität in Österreich ist das Democracy Ranking, das neben den Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Kontrolle auch die Integration von MigrantInnen, Nachhaltigkeitsaspekte und andere Faktoren mit einbezieht. Der Autor David Campbell kommt dabei zum Schluss, dass Österreich bei den Dimensionen *Individuelle Freiheit* und *Einkommensgleichheit* kompa-

rativ gut abschneidet, jedoch Probleme im Bereich der Pressefreiheit und der ökonomischen Freiheit aufweist sowie insbesondere bei der Gender-Gleichheit und bei Korruption. Besonders jedoch hinkt die österreichische Demokratie bei der Integration von MigrantInnen hinterher. „Österreichische Demokratiequalität fällt komparativ deutlich abgeschlagen (niedriger positioniert) aus bei beiden verwendeten Indikatoren des Migrant Integration Policy Index (MIPEX) – bei MIPEX allgemein belegt Österreich nur Rangplatz 26 (von 33) und beim Zugang zu Staatsbürgerschaft sogar nur mehr Rangplatz 30 (von 33)“ (Campbell 2012: 308).

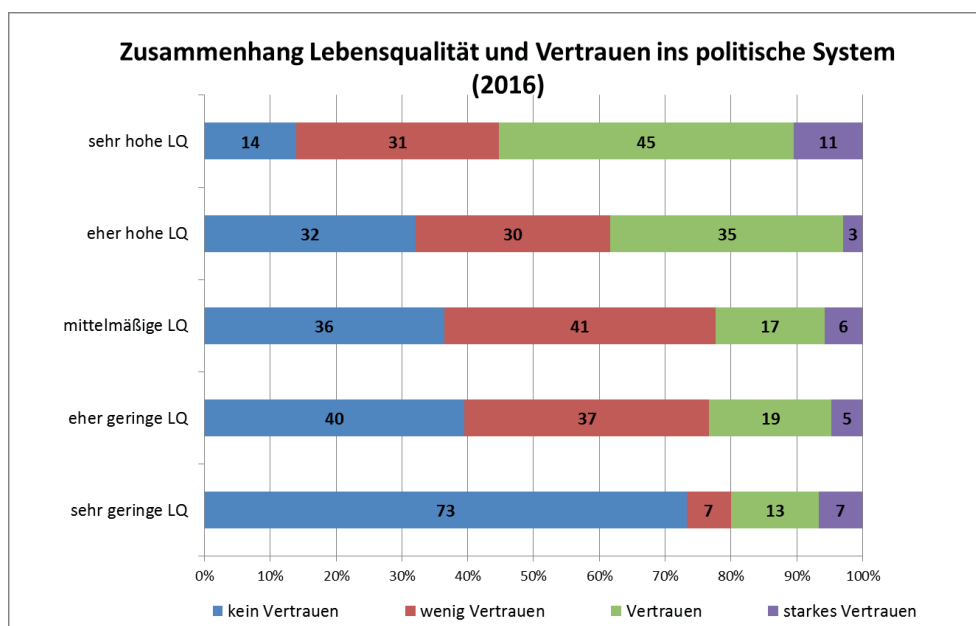
Im Democracy Ranking zeigt sich also ähnlich wie im Democracy Barometer, dass die österreichische Demokratie durchaus Schwächen in einzelnen Bereichen, v.a. bei Fragen der Transparenz und der Integration von MigrantInnen aufweist. Was sich nicht bestätigt, ist jedoch eine Verschlechterung im Zeitverlauf. Dies wird auch daran deutlich, dass manche als Schwächen ausgewiesene Bereiche in den Jahren ab 2012 eher einer Verbesserung als einer Verschlechterung zugeführt wurden. So zeigen weitere Rankings wie der Global Peace Index oder der Corruption Perception Index Verbesserungen für Österreich auf (vgl. Global Peace Index 2017; Corruption Perception Index 2016). Die Annahme einer Verschlechterung der Demokratiequalität trifft auch dann nicht zu, wenn man sich auf Einzelaspekte wie Transparenz oder Repräsentativität konzentriert. Defizite in diesen Bereichen sind zwar gut belegt, aber nicht neu. Darüber hinaus scheint es unwahrscheinlich, dass ein strenges Fremdenrecht, wie es von MIPEX kritisiert wird, die öffentliche Meinung über die Demokratie mehrheitlich negativ beeinträchtigt.

Die Hypothese 1 kann somit nicht bestätigt werden: Die Demokratie-Einstellungen (Zufriedenheit und Vertrauen) der ÖsterreicherInnen können nicht durch eine tatsächliche Verschlechterung der Demokratiequalität erklärt werden.

3.2 Allgemeine Lebensqualität

Als zweite Erklärung wird die Zufriedenheit mit der Lebensqualität ins Feld geführt. Schlipphak (2012) vermutet, dass diese als erklärende Variable für das Vertrauen in die Demokratie herangezogen werden kann. Vergleichsdaten aus den Jahren 2008 und 2016 zeigen dahingehend tatsächlich einen statistischen Zusammenhang, wobei dieser als alleiniger Erklärungsfaktor nicht ausreichend ist.

Abbildung 3: Zusammenhang Lebensqualität und Vertrauen ins politische System, Ö 2016



Quelle: Erhebung ZfZ 2016, n=557, eigene Berechnung und Darstellung

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich zwischen 2008 und 2016 eine leichte Verschlechterung der subjektiv empfundenen Lebensqualität, wenn auch auf hohem Niveau. Während 2008 noch 71 Prozent eine sehr bzw. eher hohe Lebensqualität bekundeten, sind es 2016 nur mehr 68 Prozent. Umgekehrt erhöht sich aber vor allem der Anteil jener, welche ihre Lebensqualität als sehr bzw. eher niedrig empfinden um 4 Prozentpunkte (2008: 6 Prozent, 2016: 10 Prozent). Die Wahrnehmung einer sinkenden Lebensqualität wird zudem dadurch bestätigt, dass 27 Prozent der Befragten angeben den Eindruck zu haben, dass sich die Lebensqualität in Österreich in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert hat.

Zwischen dem Vertrauen in das politische System und der bekundeten Lebensqualität zeigt sich ein schwacher, höchst signifikanter Zusammenhang ($r(688) = 0,271$, $p=0,000$). Personen, die eine hohe Lebensqualität bekunden, vertrauen dem politischen System mit 56 Prozent überdurchschnittlich im Vergleich zu Personen mit niedriger Lebensqualität (20 Prozent). Umgekehrt finden sich unter jenen mit sehr hoher Lebensqualität nur 14 Prozent mit keinem Vertrauen in das politische System, bei Personen mit niedriger Lebensqualität sind es 73 Prozent.

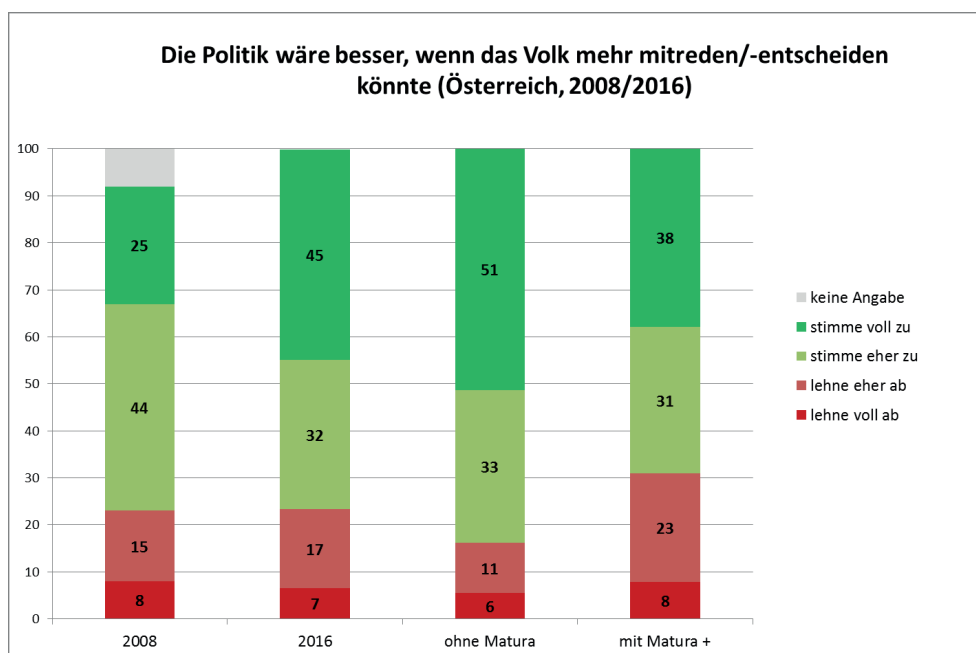
Der parallel sich entwickelnde Rückgang von Demokratievertrauen und subjektiv empfundener Lebensqualität im Zeitverlauf bestätigt diesen Zusam-

menhang. Das Vertrauen in das politische System verschlechterte sich von 2008 auf 2016 um 2 Prozentpunkte, jenes in einzelne Institutionen der Demokratie deutlich stärker. Vor allem aber steigt die Anzahl jener, die kein Vertrauen in das politische System haben um 8 Prozentpunkte. Die Zufriedenheit mit der Lebensqualität ging ebenfalls um 4 Prozentpunkte zurück. Schlipphaks Vermutung über den Zusammenhang von Lebensqualität und Demokratievertrauen kann also bestätigt werden, auch wenn die Lebensqualität alleine nicht über ausreichend Erklärungskraft für das Phänomen eines allgemein sinkenden Demokratievertrauens verfügt. Denn dieses hat sich auch in jenen Gruppen verschlechtert, die eine hohe Lebensqualität bekunden.

3.3 Bildungsgrad

Was sich in der Darstellung der Vertrauens- und Zustimmungswerte zum politischen System bzw. zur Demokratie und ihren Institutionen in Hinblick auf den Bildungsgrad gezeigt hat, bestätigt sich bei näherer Betrachtung. Die Zufriedenheit mit dem politischen System und den Institutionen der Demokratie ist bei jenen mit Matura höher als bei jenen ohne Matura. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen beträgt 10 Prozentpunkte. Bei beiden Gruppen ist jedoch ein Anstieg im Misstrauen gegenüber 2008 zu verzeichnen, wenn auch in unterschiedlichem

Abbildung 4: Die Politik wäre besser, wenn das Volk mitreden/-entscheiden könnte, Ö 2008/2016



Quelle: Erhebung ZfZ 2008/2016, n(2008)=2.000, n(2016)=603, eigene Berechnung und Darstellung

Ausmaß. Bei Personen ohne Matura steigt der Anteil jener, die gar kein Vertrauen haben, um 13 Prozentpunkte, bei Personen mit Matura um 3 Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnittswert von 2008. Noch deutlicher zeigt sich die Diskrepanz bei der Einschätzung der Eliten.

Insgesamt 88 Prozent der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass „die Oberen nur auf ihren eigenen Vorteil“ schauen. 13 Prozent Unterschied zeigen sich bei der Ausprägung „stimme voll und ganz zu“ zwischen Personen mit und ohne Matura. Nimmt man allerdings die Kategorien „stimme eher“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammen, sind kaum Unterschiede erkennbar. Das bedeutet, dass zwar die Extrempositionen unter den Bildungsniveaus voneinander abweichen (geringer Gebildete neigen eher zur extremen Einschätzung), dass aber auf moderatem Niveau über alle Bildungsgruppen hinweg die Meinung vorherrscht, dass „die Oberen nur auf ihren eigenen Vorteil“ schauen würden. Dies zeigt eine starke Elitenskepsis, die auch von anderen Studien bestätigt wird (vgl. Hartmann 2007). Im Vergleich zu 2008 hat sich diese Einstellung noch verstärkt. Damals waren 75 Prozent der ÖsterreicherInnen dieser Meinung, 2016 schon 88 Prozent. Vor allem die Extremposition (also volle Zustimmung) ist seither deutlich gestiegen, und zwar um 14 Prozentpunkte.

Es besteht also weiterhin ein signifikanter, allerdings sehr schwacher Zusammenhang zwischen dem formalen Bildungsgrad und der Zufriedenheit mit dem politischen System ($r(692) = 0,185, p=0,008$). Dieses Ergebnis weist beim Vergleich der Daten im Zeitverlauf darauf hin, dass sich die eliten- und systemskeptischen Einstellungen auch in höheren Bildungsschichten zunehmend wiederfinden. Dies ist ein neues Phänomen, das wenig erforscht ist. War die Skepsis gegenüber der repräsentativen Demokratie und ihren Institutionen, gegenüber den Parteien und der Berufspolitik bei Bildungsbenachteiligten traditionell überdurchschnittlich, so vertrauten die formal höher Gebildeten der Politik traditionell deutlich mehr. Diese Schere in der Wahrnehmung wird kleiner. Das Vertrauen sinkt in allen Gruppen.

3.4 Konsequenzen für das geringer werdende Demokratievertrauen

Die Konsequenzen der zunehmenden Demokratieskepsis sind nicht zu unterschätzen. Dies zeigt sich daran, dass über alle soziodemografischen Gruppen hinweg der Wunsch nach Veränderungen besteht. Dabei werden herkömmliche Akteure und Prozesse der repräsentativen Demokratie, insbesondere die Parteien, als weniger wünschenswert eingestuft als alternative demokratische Verfahren.

Zwischen 2008 und 2016 haben sich die Erwartungen und Wünsche an die Politik stark verändert. Der Wunsch nach mehr und konkreter Mitsprache und Partizipation wird lauter. Während 2008 noch 25 Prozent („stimme voll und ganz zu“) der ÖsterreicherInnen der Meinung waren, dass die Politik besser wäre, wenn das Volk mehr mitreden und mitentscheiden könnte, sind es 2016 bereits 45 Prozent. Bei Personen mit niedrigerem formalen Bildungsabschluss ist sogar gut jede/r Zweite (51 Prozent) dieser Ansicht (höherer Bildungsabschluss: 38 Prozent). Die Steigerung um 20 Prozentpunkte bei dieser Frage ist ein deutlicher Hinweis auf die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik.

Insgesamt gehen die Reformwünsche der Menschen vor allem in Richtung „mehr direkte Demokratie“ und „Direktwahlen von Personen“, und zwar entlang aller soziodemografischen Gruppen. 86 Prozent der ÖsterreicherInnen gaben diesem Vorschlag ihre Zustimmung. Auch hinsichtlich der Direktwahl von Personen sind sich 81 Prozent der Befragten einig, dass dies eine wünschenswerte Reform wäre. Hingegen sprechen sich nur knappe 25 Prozent der Befragten für ein zusätzliches Angebot an Parteien aus. Dies lässt den Schluss zu, dass jene Maßnahmen, die den direkten Zugang der BürgerInnen zu politischen Entscheidungen stärken, deutlich populärer sind als solche, die bestehende Mechanismen der repräsentativen Demokratie verfestigen. Hier gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Geschlechtern, Generationen oder Bildungsgrad. Es ist anzunehmen, dass man sich von einer entsprechenden Reform eine Schwächung der Parteien sowie eine Stärkung politischer Effizienz durch direkt legitimierte Führungspersonlichkeiten oder direkte Sachentscheidungen erwartet. Offenbar findet Anklang, was eine Änderung der derzeitigen parteidemokratisch dominierten Politikprozesse verspricht.

Konklusion

Das sinkende Vertrauen bzw. die sinkende Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist ein weit verbreitetes Phänomen, das sich nicht mit einer objektiv sinkenden Demokratiequalität erklären lässt. Auch die Verschlechterung der allgemeinen Lebensqualität oder Unterschiede nach Bildungsgrad können nur teilweise als Begründung herangezogen werden. So hat sich über alle Bevölkerungsgruppen hinweg das Vertrauen in die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen verschlechtert. Gleichzeitig ist die

Zustimmung zu einer Stärkung direktdemokratischer Verfahren deutlich angestiegen. Möglichkeiten, die zu einer Abkehr der herkömmlichen Parteiendemokratie führen könnten, werden breit befürwortet.

Um die Gründe für das sinkende Demokratievertrauen besser einschätzen zu können, ist weitere Forschung nötig. Eine Kombination aus quantitativen Umfragen und qualitativen Interviews könnte Aufschlüsse über die tieferliegenden Ursachen der Unzufriedenheit mit dem politischen System bringen. Auch die Einflüsse des Medienkonsums, der individuellen Bildungsbiografien und der politisch-öffentlichen Diskurse auf die Einstellungen zu Politik und Demokratie in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wären genauer zu untersuchen. Schließlich sollte auch der Frage nachgegangen werden, inwiefern die herkömmlichen Demokratiemessungen mit Instrumenten wie Freedom House oder Demokratiebarometer und deren Kriterienkatalog für gewisse Probleme der Demokratiequalität ausreichen oder erweitert werden müssten. Die Konsequenzen der zunehmenden Demokratieskepsis sind jedenfalls nicht zu unterschätzen. Sie können sich in Wahlenthaltung, Protestwahl oder im Extremfall Autoritarismus äußern.

Literatur

- Alexander, A. C./Inglehart, R./Welzel, Ch. (2012): Measuring effective democracy: A defense. *International Political Science Review*, 33 (1), 41–63.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg., 2011): *Aus Politik und Zeitgeschichte: Postdemokratie*. 1 (2), Bonn.
- Bühlmann, M./Merkel, W./Müller, L./Weßels, B. (2008): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel. *Politische Vierteljahresschrift*, 49 (1), 114–122.
- Campbell, D. (2012): Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive. In: Helms, L./Wineroither, D. M. (Hg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. Baden-Baden: Nomos, 293–315.
- Cerny, Ph. G. (1999): Globalization and the erosion of democracy. *European Journal of Political Research*, 36 (1), 1–26.
- Coppedge, M./Reinicke, W. (1990): *Measuring Polyarchy. Studies in Comparative International Development*, 25(1), 51–72.
- Corruption Perception Index (2016): Online: <https://www.transparency.org/research/cpi/overview>, [15.05.2018]
- Crouch, C./Streeck, W. (2006): *The Diversity of Democracy: Corporatism, Social Order and Political Conflict*. Cheltenham: Edgar Elgar.

- Crouch, C. (2006): Diversity in Employment Patterns in North-West-Europe: A Regional and Sectoral Approach. In: Beckert, J./Ebbinghaus, B./Hassel, A./Manow, Ph. (Hg.): *Transformationen des Kapitalismus*. Frankfurt/New York: Campus, 159–181.
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dahl, R. (1997): *Toward Democracy – A Journey: Reflections, 1940–1997*. Berkeley.
- Democracy Barometer Data Set (2014): Online: http://www.democracybarometer.org/dataset_de.html, [15.05.2018]
- Europäische Kommission (2015): *Eurobarometer 84. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*. Brüssel.
- FHS/IFES (2016): *Lebensqualität. Repräsentative Bevölkerungsbefragung Österreich und Salzburg*. Projektbericht.
- Freedom House (2016): *Austria Country Report*. Online: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/austria>; [15.05.2018]
- Global Peace Index (2017): *Measuring Peace in a Complex World*. Institute for Economics and Peace, Sydney.
- Habermas, J. (1999): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hartmann, M. (2007): *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag.
- Hix, S./Follesdal, A. (2006): Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik. *Journal of Common Market Studies*, 44 (3), 533–562.
- Interview Crouch, Colin (2011) *Post-Democracy*, interview Supertaalk #8 „Parlament vs. PR: Parteien in der Krise?“ Online: <https://www.youtube.com/watch?v=FnTOisoo8HM> [02.05.2018].
- Merkel, W. (2015): Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: Merkel, W. (Hg.): *Krise und Demokratie. Zum schwierigen Verhältnis zwischen Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, 473–498.
- Norris, P./Frank, R. W. /Martínez i Coma, F. (2013): Research Report: Assessing the Quality of Elections, *Journal of Democracy*, 24(4), 124–135.
- Nolte, P. (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Postdemokratie*, 1 (2), 5–13.
- Pateman, C. (1970): *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pausch, M. (2017): *Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung*. Baden-Baden: Nomos.
- Perrineau, P. (2007) : La Crise de la Représentation Politique. In: Perrineau, P./Rouban, L. (Hg.): *La politique en France et en Europe*. Paris : Presses de Sciences Po, 15–34.
- Rathkolb, O./Zandonella, M./Ogris, G. (2014): *NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich*. Eine Studie des SORA-Instituts und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien.
- Rechnungshof (2016): *Bericht des Österreichischen Rechnungshofs*. Online: <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/berichte-aus-vorjahren/2016/bund.html>; [15.05.2018]
- Riederer, B./Teitzer, R. (2012): Effekte der sozialen Position auf Vertrauen in Politik und Demokratie in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 37 (1), 5–22.
- Schlippshak, B. (2012): Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 41/4, 345–361.
- Schumpeter, J. A. (1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Lehnen: Bern.
- Weßels, B. (2015): Politische Ungleichheit beim Wählen. Merkel, W. (Hg.): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Springer: Berlin, 67–94.
- ZfZ/IFES (2008): *Lebensqualität. Repräsentative Bevölkerungsbefragung Österreich und Salzburg*, Projektbericht.

Anhang 1: Beschreibung der Datengrundlage 2008

Im Zeitraum August bis September 2008 wurden 2.000 Personen (ab 15 Jahren) in Österreich mittels mündlichen, persönlichen Interviews von (NAME bekannt) befragt. Die Stichprobe gilt als repräsentativ für die Grundgesamtheit der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren.

Anhang 2: Beschreibung der Datengrundlage 2016

Im Zeitraum Dezember 2015 bis Februar 2016 wurden 705 Personen (ab 18 Jahren) in Österreich (ohne Salzburg) mittels standardisierten telefonischen Interviews von (NAME bekannt) befragt. Für das Forschungsprojekt, aufgrund dessen die Daten erhoben wurden, lag ein besonderes Interesse auf regionalen („Salzburg“) Ergebnissen. Daher wurde für Salzburg zusätzlich eine Stichprobe von 842 Fällen erhoben. Die Ergebnisse der Salzburg-Daten unterscheiden sich nur marginal von den Österreich-Daten. Um eine Überrepräsentanz der Salzburger Bevölkerung und deren Ergebnisse zu vermeiden, wurden diese für die Auswertung nicht in den Österreichdatensatz integriert. Die Stichproben gelten als repräsentativ für die Grundgesamtheit der österreichischen und Salzburger Bevölkerung ab 18 Jahren.